

## **Positionsbestimmung zur Volksabstimmung am 27.11.2011**

Bei der Volksabstimmung am 27.11.2011 stimmen die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg darüber ab, ob das Land Baden-Württemberg die Projektfinanzierungsverträge zu Stuttgart 21 mit den übrigen Projektträgern kündigen soll. Die unterzeichnenden Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Böblingen rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen.

Wer für das Projekt Stuttgart 21 stimmen will, muss dann mit „NEIN“ gegen das Kündigungsgesetz stimmen.

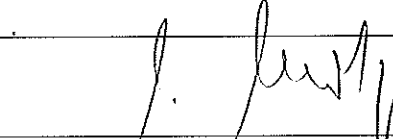
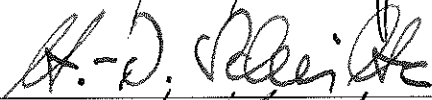
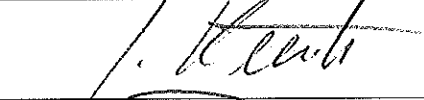

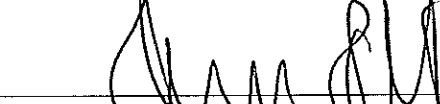
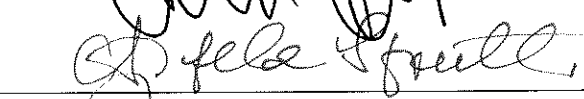

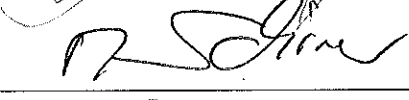


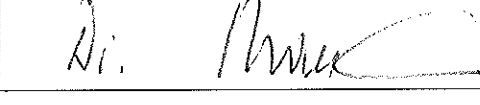
Die Vorteile des Zukunftsprojektes Stuttgart 21 für Baden-Württemberg und damit auch für unsere Stadt überwiegen deutlich:

1. Stuttgart 21 ist nicht nur ein Bahnhofprojekt in Stuttgart, sondern die zentrale Grundlage für die Zukunft des Schienenverkehrs in ganz Baden-Württemberg. Die Regionen des Landes werden direkt und umsteigefrei verknüpft. Der Nah- und der Fernverkehr werden besser verzahnt. Es entstehen deutlich bessere Verbindungen von und nach Stuttgart sowie von Stuttgart aus in Richtung Ulm und den Süden Deutschlands und Europas.
2. Gerade die Region Böblingen profitiert von Stuttgart 21 im Besonderen: Unser Kreis ist wirtschaftlich besonders erfolgreich. Damit die Wirtschaft funktioniert, braucht sie auch gut funktionierende Verkehrswege und ein leistungsfähiges Schienennetz. Nur wenn Böblingen per Schiene gut an den Bahnfernverkehr, an Messe und Flughafen angebunden ist, werden die Straßen in unserem Kreis entlastet.
3. Es gibt keine gesicherte Annahme, dass Kündigungsrechte bestehen. Es besteht deshalb die Gefahr, dass das Land Baden-Württemberg aus Steuermitteln bis zu 1,5 Mrd. Euro Schadensersatz an die Bahn bezahlen muss, ohne dass ein neuer Bahnhof gebaut wird, oder sonst eine Gegenleistung besteht.
4. Bei Nichtdurchführung des Projektes Stuttgart 21 und der geplanten Neubaustrecke Stuttgart – Ulm gibt es derzeit keine geplante Alternative zu diesem Bahnprojekt und schon gar keine Finanzierung eines neuen Bahnhofprojektes. Entsprechende Finanzierungsbeiträge des Bundes und der Bahn von über 3 Mrd. Euro würden dann nicht nach Baden-Württemberg fließen.

Die Unterzeichner bitten alle Bürgerinnen und Bürger, diese Argumente bei der Volksabstimmung zu bedenken, damit Baden-Württemberg zukunftsfähig und auch in Zukunft ein verlässlicher Vertragspartner bleibt.

Böblingen, den 16.11.2011

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die umseitige Positionsbestimmung zur Volksabstimmung am 27.11.2011. Ich bin damit einverstanden, dass mein Name zusammen mit dem umseitigen Text veröffentlicht wird.

Name	Unterschrift
Peter Grotz	
Hans-Dieter Schlichte	
Jürgen Kienle	
Dr. Thorsten Breitfeld	
Friedrich Eloff	
Angela Spruth	
Daniel Wengenroth	
Markus Schirmer	
Daniela Brecken	
Hubertus Aless	
Dr. Baummann	

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die umseitige Positionsbestimmung zur Volksabstimmung am 27.11.2011. Ich bin damit einverstanden, dass mein Name zusammen mit dem umseitigen Text veröffentlicht wird.

Name	Unterschrift
Lessaufft Alfred	A. Lessaufft
Sieber, Frank	F. Sieber
Lutta Sach	S. Lutta
Peter Kien	P. Kien
Helmut Kutz	H. Kutz
Heidrun Zwiggart	H. Zwiggart
Rosmarie Späth	R. Späth
Ingrid Stauss	I. Stauss
Wolfgang Hensel	W. Hensel